

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	21
A. Forschungsfrage	21
B. Stand der Forschung	24
C. Gang der Untersuchung	26
Kapitel 1: Die Dogmatik des Arbeitsunfalls der Beschäftigten <i>de lege lata</i> , § 8 Abs. 1 SGB VII	29
A. Der Zuordnungsmechanismus im Überblick	29
B. Der erfasste Personenkreis: Beschäftigte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB	30
C. Der Unfall als schädigendes Ereignis	31
D. Eröffnung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzbereichs	43
E. Die haftungsbegründenden Kausalitäten	78
F. Zwischenergebnis	99
Kapitel 2: Grundprinzipien der Unfallversicherung vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels	101
A. Relevanz für die Abgrenzung von Arbeits- und Privatunfall	101
B. Entstehung und Ausgestaltung der gesetzlichen Unfallversicherung	102
C. Grundprinzipien der Risikoverteilung in der Unfallversicherung	110
D. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts	127
E. Entgrenzte Arbeit	135
F. Fazit: Bedeutung der modernen Arbeitswelt für die Unfallversicherung	142

Kapitel 3: Konkrete Auswirkungen entgrenzter Arbeit auf die Reichweite des Unfallversicherungsschutzes	144
A. Arbeitsunfall und Homeoffice	144
B. Arbeitsunfall und mobile Arbeit	204
C. Arbeitsunfall und ständige Erreichbarkeit	212
D. Lösungs- und Regelungsvorschläge zum Unfallversicherungsschutz bei entgrenzter Arbeit	220
Kapitel 4: „Umgekehrte“ Entgrenzung: private Tätigkeiten am Arbeitsplatz	227
A. Notwendigkeit einer Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf nicht berufliche Tätigkeiten	227
B. Beamtenrechtlicher Dienstunfall bei privater Tätigkeit im Vergleich	229
C. Regelungsvorschlag: Vertragskonformes privates Verhalten während der Arbeit als versicherte Tätigkeit	263
Schluss	272
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	272
B. Vorschlag zur Neufassung des § 8 SGB VII	274
Literaturverzeichnis	277

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	21
A. Forschungsfrage	21
B. Stand der Forschung	24
C. Gang der Untersuchung	26
Kapitel 1: Die Dogmatik des Arbeitsunfalls der Beschäftigten <i>de lege lata</i> , § 8 Abs. 1 SGB VII	29
A. Der Zuordnungsmechanismus im Überblick	29
B. Der erfasste Personenkreis: Beschäftigte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB	30
C. Der Unfall als schädigendes Ereignis	31
I. Der Unfall als Ereignis	31
II. Einwirkung von außen	32
1. Zweck des Merkmals	32
2. Der Begriff der Einwirkung	32
3. Klassische Abgrenzung von der inneren Ursache	33
4. Weite Auslegung der neueren Rechtsprechung	35
a. Gewillkürte Handlungen als äußere Einwirkungen: das Heben schwerer Gegenstände	35
b. Problem der Identifikation der relevanten Einwirkung: die Zugführer-Fälle	37
c. Das Problem der beherrschbaren, irrtümlichen Herbeiführung des Unfalls	38
III. Scheinmerkmal „auf den Körper“	40
IV. Das Merkmal „zeitlich begrenzt“	40
V. Der Primärschaden	41
1. Zur Prüfungsreihenfolge	41
2. Gesundheitsschaden oder Tod, § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII	42
D. Eröffnung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzbereichs	43
I. Terminologie und Funktion des Kriteriums	43

II. Die zu verbindenden Elemente	45
1. Geschützte Tätigkeit	45
2. Die tatsächliche Verrichtung	45
III. Der sachliche Zusammenhang in § 8 SGB VII	47
1. Terminologie	47
2. Der sachliche Zusammenhang zwischen tatsächlicher Verrichtung und geschützter Tätigkeit	48
a. Streit um kausale oder finale Natur der Bestimmungsmodalität	48
b. Dogmatik des sachlichen Zusammenhangs	50
c. Abgrenzung zu privaten Tätigkeiten in Gemengelage	53
aa. Sogenannte „eigenwirtschaftliche“ Tätigkeiten	53
bb. Unerhebliche Unterbrechung durch private Tätigkeit	54
cc. Gespaltene Handlungstendenz	56
dd. Gemischte Tätigkeit	57
ee. Besondere Betriebsgefahr	59
d. Kritik am Kriterium des sachlichen Zusammenhangs	61
IV. Vom sachlichen Zusammenhang zur „Erfüllung des Versicherungstatbestands“	63
1. Sprachliche Neuetikettierung oder Einschränkung des Versicherungsschutzes?	63
a. Rein terminologische Änderung	63
b. Einschränkung des Versicherungsschutzes	66
2. Begründung der Änderung durch das BSG	69
3. Kritik am Merkmal „Erfüllung des Versicherungstatbestands“	73
4. Resümee	77
E. Die haftungsbegründenden Kausalitäten	78
I. Kausalität im Recht	78
1. Terminologie der haftungsbegründenden Kausalitäten	78
2. Kausalität im Recht	80
II. Kausalität im Unfallversicherungsrecht: die Theorie der wesentlichen Bedingung	82
1. Anwendungsbereich	82
2. Entwicklung der Theorie der wesentlichen Bedingung	83
a. Notwendigkeit einer eigenständigen Kausalitätstheorie für das Unfallversicherungsrecht	83

b. Historische Entwicklung und Implementation durch die Sozialgerichte	85
3. Die heutige Form der Theorie der wesentlichen Bedingung	86
a. Grundsätze und Begriffe	86
b. Terminologische Unsicherheiten	88
c. Kritik an der Theorie der wesentlichen Bedingung als reiner Wertungsakt	89
III. Unfallkausalität	92
1. Abgrenzung zum Schutzbereich und zu anderen Kausalitäten	92
2. Vermutung im Regelfall	93
3. Problematische Fallgruppen	94
a. Gelegenheitsursache	94
b. Gemischte Tätigkeit	96
c. Eingebrachte Gefahr	96
d. Unerhebliche Unterbrechung	97
IV. Haftungsbegründende Kausalität im engeren Sinne	97
1. Der Zusammenhang zwischen Unfallereignis und Primärschaden	97
2. Problemfall „Schadensanlage“	98
F. Zwischenergebnis	99
 Kapitel 2: Grundprinzipien der Unfallversicherung vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels	 101
A. Relevanz für die Abgrenzung von Arbeits- und Privatunfall	101
B. Entstehung und Ausgestaltung der gesetzlichen Unfallversicherung	102
I. Sozialpolitischer Anstoß für die Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung: Risikoverteilung vor 1884	102
II. Rechtstechnische Ausgestaltung des Unfallversicherungsschutzes	107
C. Grundprinzipien der Risikoverteilung in der Unfallversicherung	110
I. Betriebsrisikolehre und Prinzip der Haftungsersetzung	110
1. Die Zurechnung von Risiken nach Sphären	110
2. Beherrschbarkeitsargument	113
3. Gewinnerzielungsargument	117
4. Das Prinzip der Haftungsersetzung als Rechtsgrund und Übertragungstechnik	119

II. Soziales Schutzprinzip und Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	122
D. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts	127
I. Überblick über die Unfallversicherung heute	127
II. Tertiarisierung und Digitalisierung	131
III. Subjektive Modernisierung der Arbeitswelt	133
E. Entgrenzte Arbeit	135
I. Entbetrieblichung: örtliche und zeitliche Flexibilität im Arbeitsverhältnis	135
II. Fortschreitende Erosion zwischen Arbeits- und Privatleben	138
1. Eindringen der Arbeit ins Private	138
2. Übergreifen des Privaten in die Arbeit	140
F. Fazit: Bedeutung der modernen Arbeitswelt für die Unfallversicherung	142
 Kapitel 3: Konkrete Auswirkungen entgrenzter Arbeit auf die Reichweite des Unfallversicherungsschutzes	 144
A. Arbeitsunfall und Homeoffice	144
I. Begriff, Bedeutung und Ausmaß von Arbeit im Homeoffice	144
II. Unfall bei Arbeitstätigkeit am häuslichen Arbeitsplatz	147
III. Verrichtungen mit gespaltener Handlungstendenz bei häuslicher Arbeit	150
IV. Betriebswege innerhalb des häuslichen Bereichs	155
1. Widmung des Unfallorts als maßgebendes Kriterium	155
a. Häufigkeit der Nutzung des Unfallortes zu betrieblichen Zwecken als maßgebliches Kriterium	155
b. Keinerlei Unfallschutz für Wege innerhalb eines Wohngebäudes	160
2. Die Handlungstendenz als entscheidendes Kriterium	161
a. Entwicklung in der Rechtsprechung	161
b. Herleitung aus Betriebsrisiko- und sozialem Schutzprinzip	162
V. Wege zur Nahrungsaufnahme aus dem Homeoffice	166
1. Das Urteil des BSG vom 5.7.2016	166
2. Versicherungsschutz für Wege zur Nahrungsaufnahme innerhalb des häuslichen Bereichs	169
a. Im Lichte der Betriebsrisikolehre	169
b. Im Lichte des sozialen Schutzprinzips	173
aa. Präventionsaspekt	173

bb. Im Lichte der Fürsorgepflicht	176
c. Unter Anwendung des Gleichheitssatzes, Art. 3 Abs. 1 GG	177
3. Versicherungsschutz für Wege zur Nahrungsaufnahme außerhalb des häuslichen Bereichs	179
a. Im Lichte der Schutzzwecke der Wegeunfallversicherung	179
b. Unter Beachtung des Gleichheitssatzes, Art. 3 Abs. 1 GG	184
4. Bewertung und Fazit	186
VI. Kindergartenwege aus dem Homeoffice	187
1. Grundlagen der Versicherung von Wegeunfällen	187
a. Die Voraussetzungen des § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	187
b. Schutzzweck und Rechtsgründe der Versicherung von Wegeunfällen	189
2. Wegeabweichung zur Unterbringung von Kindern, § 8 Abs. 2 Nr. 2 lit. a SGB VII	192
3. Das Verbringen von Kindern in fremde Obhut bei häuslicher Tätigkeit	194
a. Keine direkte oder analoge Anwendbarkeit des § 8 Abs. 2 Nr. 2 lit. a SGB VII	194
b. Bedürfnis einer Korrektur	195
VII. Unfallversicherungsschutz bei Tätigkeit im Homeoffice und Diskriminierungsverbot	199
B. Arbeitsunfall und mobile Arbeit	204
I. Begriff, Bedeutung und Umfang mobiler Arbeit	204
II. Mobile Arbeit im Wohnbereich des Beschäftigten	206
a. Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	206
b. Zurechnung zur Risikosphäre des Unternehmers aufgrund der Betriebsrisikolehre und des sozialen Schutzprinzips	210
III. Mobile Arbeit außerhalb der Privatwohnung des Beschäftigten	211
C. Arbeitsunfall und ständige Erreichbarkeit	212
I. Facetten der Erreichbarkeit: Begriffe und Relevanz	212
II. Unfall während der bloßen Verfügbarkeit	215
1. Rufbereitschaft	215
2. Arbeitsbereitschaft und Bereitschaftsdienst	217
3. Ständige Erreichbarkeit im engeren Sinne	218

III. Unfall bei tatsächlicher Arbeitserbringung während der Erreichbarkeit	219
D. Lösungs- und Regelungsvorschläge zum Unfallversicherungsschutz bei entgrenzter Arbeit	220
I. Fortentwicklung der Auslegungspraxis und klarstellende Ergänzung des Normtextes hinsichtlich der Bedeutung des Orts der Tätigkeit und der Rufbereitschaft	220
1. Festschreibung des Unfallorts als bloßes Indiz	220
2. Klarstellung des Versicherungsschutzes der Rufbereitschaft	223
II. Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf Wege von und zu Kinderbetreuungsstätten bei häuslicher oder mobiler Arbeit durch Gesetzesänderung	225
Kapitel 4: „Umgekehrte“ Entgrenzung: private Tätigkeiten am Arbeitsplatz	227
A. Notwendigkeit einer Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf nicht berufliche Tätigkeiten	227
B. Beamtenrechtlicher Dienstunfall bei privater Tätigkeit im Vergleich	229
I. Überblick über die Dogmatik des § 31 Abs. 1 BeamtVG	229
II. Illustration der unterschiedlichen Abgrenzung von Privat- und Berufssphäre anhand der aktuellen Rechtsprechung	234
1. Anhand der Schullandheim-Entscheidungen	234
a. Relevanz und Kontext der Entscheidungen	234
b. Entscheidungsgründe im Vergleich	235
c. Folgerungen	237
2. Anhand der Garagenfälle	239
3. Zwischenergebnis	240
III. Die Entwicklung des Dienstbanns aus den Grundprinzipien der Unfallfürsorge	241
1. Von tätigkeitsbezogenen zu räumlich-zeitlichen Zuordnungskriterien	241
a. Die Abgrenzung nach der tatsächlichen Verrichtung	241
b. Ort und Zeit des Unfalls als maßgebliche Kriterien	243
c. Dogmatische Einordnung des „Dienstbanns“	245

2. Begründung des Fokus auf räumlich-zeitliche Kriterien als Konsequenz des Schutzzwecks der Unfallfürsorge	248
a. Sinn und Zweck der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge	248
b. Unzulänglichkeiten dieses Begründungsansatzes	250
3. Begründung des Fokus auf räumlich-zeitliche Kriterien als Konsequenz der Rechtsgründe der Unfallfürsorge und des Beamtenstatus	252
a. Die Besonderheiten des Beamtenstatus gegenüber dem Arbeitsverhältnis	252
b. Maßgeblichkeit der Statusunterschiede bei der Einführung der Unfallfürsorge	255
c. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn im Gegensatz zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	258
d. Der Betriebsrisikogedanke im Beamtenrecht	260
e. Zwischenergebnis: Die physische Gefahrherrschaft des Dienstherrn als ausreichendes Zuordnungskriterium	262
C. Regelungsvorschlag: Vertragskonformes privates Verhalten während der Arbeit als versicherte Tätigkeit	263
I. Keine Möglichkeit der Bewältigung mithilfe anerkannter Zuordnungskriterien	263
1. Keine Subsumtion unter den Versicherungstatbestand	263
2. Keine Anwendbarkeit von räumlich-zeitlichen Koinzidenzregeln im Sinne eines Betriebsbanns	264
2. Betriebssport, Gemeinschaftsveranstaltungen, unerhebliche Unterbrechungen	266
II. Regelungsvorschlag: Privates Verhalten während der Arbeit als versicherte Tätigkeit	268
Schluss	272
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	272
B. Vorschlag zur Neufassung des § 8 SGB VII	274
Literaturverzeichnis	277